



Drei Bürgermeister fordern Änderungen bei den Elternbeiträgen für die Kinderbetreuung in Sachsen: Jens Krauß aus Großharthau, Holm Große aus Bischofswerda und Thomas Martolock aus Cunewalde (v.li.). Foto: Steffen Unger

Bürgermeister kritisieren Kita-Gebühren in Sachsen

Das Land Brandenburg schafft die Elternbeiträge für die Kinderbetreuung schrittweise ab. Warum geht das nicht in Sachsen?, fragen Bürgermeister aus dem Landkreis Bautzen.

VON KATJA SCHLENKER

Sie sind oft ein Streitthema, wenn sie zur Diskussion stehen: die Elternbeiträge für die Kinderbetreuung. Kommunen sind dazu verpflichtet, diese zu erheben. Vor allem die Energiekrise seit dem Beginn des Kriegs in der Ukraine und steigende Personalkosten sorgen zunehmend dafür, dass jene Kosten, die in die Kita-Gebühren einfließen, kontinuierlich steigen.

So kann es nicht weitergehen, sagen drei Bürgermeister aus dem Landkreis Bautzen, die sich am Montagmorgen, 12. Februar 2024, bei einem Gespräch in Bischofswerda zu der Thematik positioniert haben. Es geht auch darum, dass die Landesregierung einhalte, was sie 2019 im Koalitionsvertrag beschlossen habe, sagt der Oberbürgermeister von Bischofswerda, Holm Große (parteilos), zugleich Mitglied im Landesvorstand des Sächsischen Städte- und Gemeindetages (SSG).

Gemeinsam mit Jens Krauß (SPD), Bürgermeister von Großharthau und seit vielen Jahren ehrenamtlich bei der Arbeiterwohlfahrt engagiert, sowie Thomas Martolock (CDU), Bürgermeister in Cunewalde, der zudem bis Ende 2023 im SSG-Landesvorstand saß, ging es dem OB um konkrete Lösungsansätze.

Unter anderem fragen sich die Kommunalpolitiker, warum es in Sachsen nicht möglich ist, analog dem Nachbarbundesland Brandenburg schrittweise eine Beitragsfreiheit in den Kindertagesstätten einzuführen. „Brandenburg ist mit Sicherheit nicht reicher als Sachsen“, sagt Thomas Martolock, „aber hat dennoch die schritt-

weise Abschaffung der Beiträge beschlossen.“ Diese Botschaft brauche man in Richtung der jüngeren Generation.

Momentan müssen Eltern im Freistaat Sachsen folgendermaßen an den anfallenden Personal- und Sachkosten beteiligt werden:

- Krippe: mindestens 15 und höchstens 23 Prozent
- Kindergarten: mindestens 15 und höchstens 30 Prozent
- Vorschuljahr/Hort: höchstens 30 Prozent

Jede Kommune kann den konkreten Wert eigenständig festlegen, solange sich dieser in der entsprechenden Spanne bewegt, und muss ebenfalls einen Teil der Kosten übernehmen. Auch der Freistaat Sachsen trägt einen Anteil. Doch das sorgt für Unmut, da dieser seit Jahren nur marginal erhöht worden ist. Laut dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus beteiligt sich der Freistaat mit 3.455 Euro je Kind und Jahr – bezogen auf eine tägliche neunstündige Betreuungszeit. „Davon dienen jeweils 75 Euro der Finanzierung von zusätzlichem Personal für die Schulvorbereitung im Kindergarten“, ist dort zu lesen. „Für Integrationskinder wird ein zusätzlicher Landeszuschuss gezahlt.“ In Kindertagespflege werde je aufgenommenes Kind jährlich ein zusätzlicher Landeszuschuss in Höhe von 420 Euro gezahlt, um Zeit für pädagogische Tätigkeiten zu finanzieren.

Zum 1. Januar 2023 ist der Zuschuss ein wenig erhöht worden, um gestiegene Personal- und Sachkosten auszugleichen. Ab dem 1. August 2023 ist der Zuschuss erneut erhöht worden, um steigende Personalkosten aufgrund des seitdem geltenden verbesserten Personalschlüssels zu kompensieren. Dies berücksichtige aber nicht die steigenden Lohnkosten durch Tarifanpassungen. „Wir fordern gemeinsam mit allen sächsischen Kommunen den Freistaat Sachsen auf, dass er umgehend Festlegungen zur Dynamisierung des Kita-Landeszuschusses trifft“, erklärt Holm Große. Dieser Schritt sei überfällig, damit Eltern sowie Städte und Gemeinden weitere Steigerun-

gen bei Betriebskosten künftig nicht mehr allein tragen müssen.

Außerdem fordert Große, dass der Landeszuschuss auch für die Zeit angewendet wird, die über eine tägliche Betreuungszeit von neun Stunden hinausgeht. Dies sei wichtig, um Fachkräfte zu sichern. Eltern bräuchten mehr Freiheiten, was die Betreuung ihrer Kinder angeht, um etwa vollumfänglich in Vollzeit arbeiten und dafür auch pendeln zu können.

„Wir wollen eine verlässlichere Sicherung“, sagt Bürgermeister Jens Krauß – und berichtet aus seiner Gemeinde, die bei Familien beliebt sei. Dort gebe es zwei Träger für die Kinderbetreuung. Aufgrund von Tarifabschlüssen und den allgemeinen Preissteigerungen hätten sich deren Kosten für 2024 um etwa 20 Prozent zum Vorjahr erhöht. „Obwohl sich die Leistung nicht verändert hat“, erklärt Krauß.

In seiner Gemeinde seien das von 2023 zu 2024 zwischen 150.000 und 200.000 Euro mehr – und es sei nicht das erste Mal, dass man einen solchen Sprung bei den Kosten erlebe, erläutert Jens Krauß. Für eine eher kleine Kommune wie Großharthau mit rund 3.000 Einwohnern sei dies schwer zu kompensieren.

Auch der Städte- und Gemeindetag, der alle Kommunen in Sachsen vertritt, hat sich im Dezember 2023 zum Thema positioniert. „Die finanziellen Lasten der Eltern sowie der Städte und Gemeinden steigen kontinuierlich an. Neben der allgemeinen Kostenentwicklung ist dafür auch der Freistaat verantwortlich, der seinen Anteil nicht jährlich und entsprechend der gestiegenen Betriebskosten anpasst“, sagt SSG-Geschäftsführer Mischa Woitschek. „Zum 1. Januar 2023 gab es zwar eine Anhebung der jährlichen Pauschale um 200 Euro je 9-Stunden-Kind“, führt er weiter aus. „Um die auf die Pauschale entfallenden Kostensteigerungen der vergangenen drei Jahre auszugleichen, hätte die Anpassung jedoch fast doppelt so hoch ausfallen müssen.“ Man erwarte, dass die Probleme bei der Kita-Finanzierung gelöst werden.

Bund gibt 140.000 Euro für Vorzeigehaltestelle in Kodersdorf

Das Pilotprojekt im Kreis Görlitz zu nachhaltiger Mobilität kann starten. Es gibt dazu aber auch kritische Fragen.

Aus der Haltestelle an der Adolf Traugott von Gersdorf Oberschule in Kodersdorf wird eine Mobilitäts- und Begegnungsstation. Die Pläne zur Erweiterung der stark frequentierten Haltestelle sind vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) mit einer Förderung von 141.050 Euro bedacht worden. Das teilte jetzt Jasna Zajcek von der Entwicklungsgesellschaft Niederschlesische Oberlausitz mbH ENO mit. Die für die Wirtschaftsförderung im Landkreis Görlitz zuständige Entwicklungsgesellschaft hatte Ende 2023 das Mobilitätsprojekt „Lausitz-Haltestelle in Kodersdorf“ zur Förderung eingereicht.

Mit dem Fördergeld werden in Kodersdorf die Mobilitätsformen öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Rad-, E-Scooter- und Fußgängerverkehr sowie künftig das Bürgerbus-System miteinander verbunden. Die moderne Haltestelle an der Oberschule ist beispielgebend für weitere Projekte im Landkreis. Mit der Zusage des Fördergeldes sei der Start für eine moderne und digitale ÖPNV-Infrastruktur im Landkreis Görlitz markiert, sagt Heike Schlessner, Verkehrs-Expertin bei der Entwicklungsgesellschaft Niederschlesische Oberlausitz.

Die Station wird mit einem begrünten Aufenthaltsbereich mit Überdachung, Sitzgelegenheiten innerhalb eines barrierefreien Aufenthaltsbereiches, WLAN, digitaler

Info-Steile, überdachten Fahrradständern, Fahrradreparaturstation, Schließfächern mit E-Bike-Ladestation und E-Scooter-Verleih ausgestattet. In der Informations-Steile wird ein digitales Informationssystem enthalten sein, das in Echtzeit-Infos über Fahrpläne, Verfügbarkeiten von Verkehrsmitteln und Mobilitätsangeboten bereitstellt.

„Wir sind sehr froh, nach intensiver Vorbereitung das interessante und zukunftsweisende Mobilitätsprojekt gemeinsam mit der ENO auf den Weg gebracht zu haben. Jetzt gilt es, das Vorhaben bis Ende 2025 umzusetzen, sodass unsere Einwohner den Mehrwert einer solchen modernen Haltestelle, die hoffentlich beispielgebend für weitere Haltestellen in unserer Region sein wird und somit zu einer klugen digitalen Vernetzung beitragen kann, wirkungsvoll nutzen können“, sagt René Schöne, Bürgermeister von Kodersdorf.

Angebote wie der für Kodersdorf geplante Bürgerbus, das autonome Fahren oder der kombinierte Personen- und Warenverkehr sollen perspektivisch an der Lausitz-Haltestelle in Kodersdorf gebündelt werden. Doch es gibt zu dem Projekt auch kritische Stimmen. Schließlich sind die Kosten für diese eine Bushaltestelle enorm. Und manch einer fragt sich, warum zum Beispiel ein E-Scooter-Verleih in Kodersdorf notwendig ist.

Der kurzfristige Aufruf des Bundesverkehrsministeriums zum Einreichen von Projektskizzen stieß auf großes Interesse. 16 Vorhaben deutschlandweit wurden ausgewählt und finanziert, nur zwei in Sachsen. Auch ein Hoyerswerdaer Projekt wurde neben dem Kodersdorfer bewilligt.

Klassikstars unterrichten Nachwuchsmusiker im Schloss Gröditz

Gröditz. Unterricht bei Klassikstars statt Langeweile in den Winterferien: 15 junge Musiker – neun Mädchen und sechs Jungen – wohnen in dieser Woche im Schloss Gröditz. Dort findet die zweite Kammermusikfest Oberlausitz Akademie statt. Die Nachwuchskünstler im Alter von 12 bis 18 Jahren werden sich unter der künstlerischen Leitung des Bratschisten Nils Mönkemeyer neue Kammermusikliteratur erarbeiten. Unterstützt wird der Dozent beim Unterricht durch Hellen Weiß (Violine), Joachim Klemm (Klarinette), Frank van Noy (Posaune) und Ragnar Schnitzler (Saxophon) von der Dresdner Musikhochschule.

Während die Nachwuchstalente täglich bis zu acht Stunden neuen Notenstoff lernen, schmieden die Festivalmacher Zukunftspläne. Am 15. Februar ist ein Workshop mit den Leitern der Kreismusikschulen Bautzen und Dreiländereck sowie den Musikschulen Hoyerswerda und Görlitz geplant, um Kooperationen für die Zukunft zu erarbeiten. „Ziel ist es, unsere Aktivitäten so zu bündeln, dass wir musikinteressierten Kindern und Jugendlichen im Bereich der Breiten- und Spitzenförderung ein optimal abgestimmtes Angebot für Einzel- und Kammermusikunterricht sowie Orchesterspiel machen können“, sagt Festival-Intendant Hagen Lippe-Weissenfeld.



Das Schloss Gröditz Foto: U. Menschner

Zu einem weiteren Workshop zum Aufbau eines „Innovations-Campus im Schloss Gröditz“ sind am 17. Februar Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft eingeladen. Das Kammermusikfest Oberlausitz (KMO), gegründet 2020, ist Sachsens jüngstes Klassikfestival. Im Mittelpunkt steht die Förderung der Kultur im ländlichen Raum und junger Nachwuchstalente. Es findet in Schlössern und Kirchen im Kulturräum statt und möchte so zu deren Erhalt beitragen. Das KMO wechselt sich alle zwei Jahre mit der Kammermusikfest Oberlausitz Akademie ab. (SZ/mis)

■ Akademie-Abschlusskonzert am 18. Februar, 17 Uhr, in der evangelisch-lutherischen Kirche Baruth www.kammermusikfest@oberlausitz.de

Rinderherde mit Heizöl vergiftet

Krauschwitz. Unbekannte haben das Wasser und das Futter einer Rinderherde an der Brandstraße im Krauschwitzer Ortsteil Sagar vergiftet. Die Unbekannten trankten beides vermutlich mit Heizöl. Das teilt die Polizei mit. Bei der Polizei war die Meldung

am Montag eingegangen. Eine Kuh verendete an den Folgen der vergifteten Nahrungsaufnahme. Ein Tierarzt versorgte die anderen acht Rinder. Der Kriminaldienst übernahm die Ermittlungen wegen des Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz. (SZ)

Begrüßungspaket für Neu-Görlitzer ist Geschichte

Kommwonen, Stadtwerke und Verkehrsbetriebe haben die Aktion nach mehr als zehn Jahren beendet. Doch es könnte eine Nachfolgeaktion geben.

VON INGO KRAMER

Es lenkte überregional viel Aufmerksamkeit auf Görlitz, viele Medien berichteten darüber: das Begrüßungspaket für Neu-Görlitzer. „Seit der Einführung im November 2012 haben wir insgesamt rund 850 Begrüßungspakete ausgegeben“, sagt Lisa Ludewig, Prokuristin der städtischen Tochtergesellschaft Kommwonen. Das Paket enthielt viele Vergünstigungen. Kommwonen erließ die Kaltmiete in den ersten zwei Monaten und gab in der Umzugsphase zwei freie Übernachtungen für zwei Personen in der Villa Ephraim dazu. Die Stadtwerke spendierten eine Gutschrift über einen durchschnittlichen Monatsverbrauch

für Strom sowie ein Energiesparpaket. Die Verkehrsbetriebe ermöglichten drei Monate freie Nutzung von Bus und Bahn bei Abschluss eines Jahresabos. Auch andere Partner steuerten Rabatte bei.

Jetzt ist Schluss mit alledem: „Das Begrüßungspaket wird 2024 nicht mehr ausgereicht“, sagt Kommwonen-Geschäftsführer Arne Myckert. Nur, wer bereits 2023 ein solches Paket erhalten hat, darf alle enthaltenen Vergünstigungen noch ausschöpfen. Das Ende des Pakets hat vor allem einen Grund: Es wird nicht mehr so gut angenommen. „2023 haben wir nur noch 42 Pakete ausgereicht – so wenige wie noch nie“, sagt Lisa Ludewig. Das ist weit entfernt von früheren Jahren. 2015 wurden 102 Begrüßungspakete ausgegeben – das einzige Jahr, in dem die 100er-Marke erreicht wurde. Später schwankten die Zahlen: 2017 waren es nur 63 Pakete, 2018 dann 64. Anschließend ging die Zahl wieder nach oben: 2019 wurden 74 Pakete ausgereicht, 2020 sogar 98 Pakete. Danach begannen die Zahlen zu sinken: 2021 waren es 87 Pakete,

2022 dann 72 und 2023 nur 42. Das Kommwonen-Team kann sich den Einbruch nicht erklären. „Die Inhalte des Pakets hatten sich ja kaum geändert“, sagt Myckert. Auch die Kundenbetreuer des Unternehmens hätten keine kritische Betrachtung wahrgenommen. „Vielleicht gibt es einen Abnutzungsprozess, weil die Idee nicht mehr neu war.“ Was auch hineingespielt haben könnte: Wer das Paket haben wollte, musste einen Mietvertrag über mindestens 18 Monate abschließen. „Es gab schon immer Leute, die sich nicht so lange binden wollten“, sagt er. Aber dass diese Tendenz zunehme, sei zumindest in internen Gesprächen nicht deutlich geworden.

Überlegungen für eine neue Aktion

Bei Kommwonen gibt es nun Überlegungen, sich eine neue Aktion einfallen zu lassen. „Wir haben darüber auch schon mit der Europastadt GmbH (EGZ) gesprochen“, sagt Myckert. Die EGZ ist ebenfalls eine städtische Tochtergesellschaft. Sie ist unter anderem fürs Stadtmarketing zuständig.

Die Gespräche seien aber noch unkonkret gewesen. „Es ging eher darum, dass es schön wäre, etwas Neues zu finden“, sagt Myckert. Die bisherigen Hauptpartner wären mindestens zum Teil dafür abgeschlossen. Denise Seifert von den Stadtwerken sagt, das Begrüßungspaket für Neu-Görlitzer sei 2012 auf Initiative von Kommwonen ins Leben gerufen worden. „Wir haben den damaligen Gedanken, die Begrüßungskultur innerhalb der Stadt Görlitz zu verbessern, sehr unterstützt und haben uns als Partner gern bereiterklärt“, erklärt die Sprecherin. Ihr Unternehmen finde den Gedanken nach wie vor sehr gut, Menschen, die von auswärts nach Görlitz ziehen, in einem besonderen Rahmen zu begrüßen: „Wir akzeptieren dennoch die Entscheidung von Kommwonen, diese Aktion zu beenden.“

Aufgrund der guten Zusammenarbeit zwischen den drei großen Partnern hätten sich die Stadtwerke eine Fortführung durchaus vorstellen können. Falls es künftig ein Nachfolgemodell geben sollte, sei

das Unternehmen nicht abgeneigt, eine derartige Initiative erneut zu unterstützen.

Ulf Klimke, Sprecher der Görlitzer Verkehrsbetriebe (GVB), lässt eine weitere Beteiligung offen. Seine Firma habe sich in Abstimmung mit den anderen Initiatoren dazu entschlossen, die Aktion nicht mehr fortzuführen. „Wir haben festgestellt, dass die Werbewirksamkeit mit der Zeit nachgelassen hat und Aufwand und Nutzen in keinem günstigen Verhältnis mehr stehen“, so Klimke. Die Nachfrage nach den Aktions-Tickets sei mit den Jahren kontinuierlich und erheblich abgesunken. Mit dem Deutschlandticket als Jobticket könne die GVB aber nicht nur Neu-Görlitzern ein sehr attraktives Angebot für die tägliche Nutzung des Stadtverkehrs bieten. Zudem erhalten auch zugezogene Kinder und Jugendliche mit dem Bildungsticket ein unschlagbar günstiges Abo, erklärt Klimke.

Arne Myckert sagt, er würde bei einer neuen Idee auch andere Vermieter anfragen: „Es soll ja nicht nur uns helfen, sondern Aufmerksamkeit auf Görlitz lenken.“